

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Landbote. 1849-1934 1924

44 (13.6.1924)

Der Landbote

Sinsheimer Zeitung

General-Anzeiger für das Elsenz- und Schwarzbachtal

Älteste und verbreitetste Zeitung dieser Gegend. Haupt-Anzeigen-Blatt.

Wöchentliche Beilagen: Mode u. Heim • Der Kolbold • Neue Illustrierte

Anzeigen-Preise:

Anzeigen: Die 42 mm breite Millimeter-Zeile 8 Goldsch.
Familien-Anzeigen 5 Goldsch.
Reklamen: Die 87 mm breite Millimeter-Zeile 24 Goldsch.
Grundschrift im Anzeigen- und Legtill ist Petit.

Bei Wiederholungen 10% Rabatt, der bei Nichtzahlung innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum oder bei gerichtlicher Verurteilung und bei Konkurs erlischt. Nachprüfungen werden nicht anerkannt und für Aufnahmen an bestimmten Tagen sowie für telefonische Aufträge keine Gewähr übernommen.

Anzeigen-Nachnahme bis 8 Uhr vormittags; größere Anzeigen müssen am Tage vorher aufgegeben werden.

85. Jahrgang

Erscheint Montag, Mittwoch, Freitag.

Bezugs-Preis:

Durch die Post bezogen und durch den Briefträger u. andere Austräger frei ins Haus monatlich Goldmark 1.80 freibleibend.

Der Bezugspreis ist im Voraus zu entrichten. In Fällen von höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Geschäftszeit 7-8 Uhr, Sonntags geschlossen.

Verantwortlicher Hr. 11.

Postfach-Nr. 6908. Karlsruhe Nr. 6908.

Nr. 44.

Freitag, den 13. Juni 1924.

Die Präsidentenwahl in Frankreich.

Die Vorbereitungen zur Präsidentenwahl in Frankreich.

Paris, 11. Juni. Im Vordergrund des Interesses steht die Neuwahl des Präsidenten. Gestern haben bereits bei den Linksparteien Besprechungen im Abgeordnetenhause stattgefunden. Heute vormittag werden sich die Führer der Linksparteien in Kammer und Senat zu einer zweiten Besprechung zusammensetzen und mit Doumergue in Verbindung setzen, um ihn über seine Absichten zu befragen. Heute abend noch oder morgen werden dann neue Besprechungen der Linksparteien stattfinden. Die Führer der radikalen Parteien möchten eine Einigung der Parteien, die gestern für den Antrag Herriot stimmten, damit der neue Präsident schon im ersten Wahlgang durch eine absolute Mehrheit gewählt werden kann. Als bevorzugte Kandidaten werden immer noch Poincaré und Doumergue genannt. Der letztere hat aber bis zur Stunde seine Absicht noch nicht bekannt gegeben. Wenn Doumergue als Kandidat auftritt, dürfte Poincaré mit Bestimmtheit den Posten des Präsidenten des Senats annehmen. Die Linkspresse richtet heute an alle Freunde und Anhänger einen warmen Appell, sich bei der Wahl des Präsidenten zu zeigen, wie sie es gestern getan haben.

Die Wahl des neuen Präsidenten der Republik wird am Freitag, den 13. Juni, 1 Uhr mittags, in Versailles stattfinden. Morgen Donnerstag werden die Parteien der Mehrheit von Kammer und Senat eine Vorabstimmung vornehmen. Nach dem „Echo de Paris“ sollen alle diejenigen dazu herangezogen werden, die für den öffentlichen Anschlag der Antrittsrede des Kammerpräsidenten Poincaré gestimmt haben. Nach der Verfassung führt bis zur Inthronisierung des neuen Präsidenten der Republik und der von ihm erfolgten Erneuerung seines ersten Kabinetts das Ministerium Marfal die Geschäfte weiter. Letzteres hat übrigens nur formell seine Demission eingereicht; die tatsächliche Demission des Kabinetts kann nur dem zukünftigen Präsidenten der Republik übermitteln werden.

Englische Stimmen zur Lage in Frankreich.

London, 11. Juni. Zu dem Rücktritt Millerands nehmen bisher nur wenige Blätter in Leitartikeln Stellung. Die „Morningpost“ gibt der Auffassung Ausdruck, daß die konstitutionelle Krise in Frankreich zu keiner fundamentalen Veränderung in der französischen Außenpolitik führen werde. — „Daily Chronicle“ betont, daß der nationale Block der Poincaré an der Macht hielt, zum großen Teil die Schöpfung Millerands war, und daß Millerand die Präsidentschaft nur übernommen hat, um die Politik dieser Partei zu fördern. Er identifiziert sich öffentlich mit der Politik, die die Ausdehnung Frankreichs auf Kosten seiner Alliierten, des europäischen Friedens und der französischen Steuerzahler verfolgt. — Die „Westminster Gazette“ erwartet als wahrscheinliche Folge des Zwischenfalls, daß sich die französischen Präsidenten in Zukunft der aktiven Unterstützung ihrer Partei enthalten werden.

Die „revolutionäre Breche“.

Paris, 12. Juni. Der General de Castelnau beschäftigt sich heute im „Echo de Paris“ mit der Präsidentenwahl. Er schreibt u. a.: Die Bolschewisten haben ihren ersten großen Sieg zu verzeichnen. Das Parlament hat einen großen Schritt in der Richtung nach Moskau gemacht und unter den triumphierenden Augen der Kommunisten ist die Mehrheit der Kammer taub und stumm geblieben auf den Appell, welchen der Präsident in einer patriotischen und aufrichtigen Ansprache an sie gerichtet hat. Es besteht mit den Regierungen eine Zusammenarbeit welche der Präsident der Republik verkörpert. Deshalb ist es unbedingt notwendig, daß seine Wahl auf 7 Jahre unantastbar bleibt. Das Land ist auf das schwerste bedroht, denn durch die revolutionäre Breche, welche geschlagen worden ist, sind allen auswärtigen und inneren Feinden die Türen in das Vaterland geöffnet.

Poincaré und Wetterle.

Das Kabinett Poincaré ernannte kurz vor seinem Rücktritt den bekannten Abbe Wetterle zum Vizepräsidenten der französischen Gesandtschaft im Vatikan. Damit wollte sich Poincaré offensichtlich vor dem deutschen Volke, dem republikanischen Frankreich und der ganzen Welt charakterisieren. Die Ernennung des notorischen eifersüchtigen Landesverrätters Wetterle zum Mitglied der französischen Gesandtschaft beim Vatikan ist nicht nur eine Herausforderung aller Deutschen, sondern insbesondere auch eine Provokation des katholischen Deutschlands, das diesen Landesverräter während des Krieges und seither kräftig von sich abhütete. Der Schritt Poincarés zielt offenbar darauf ab, seinen Nachfolgern auch in Rom Schwierigkeiten zu bereiten. Daß Millerand bei dieser Ernennung mit ihm am gleichen Strang zog, ist nicht zu bezweifeln.

Angenügende Stimmzahl für Versailles.

Für Poincaré 306; für Doumergue 149. — Die Aussichten bei der offiziellen Wahl am Freitag.

Paris, 12. Juni. Im Senat ist heute um 2 Uhr die Vorversammlung unter dem Vorsitz des Senators Bienvenu-Martin eröffnet worden, die dem Kandidaten der Linksparteien für die Präsidentschaft der Republik designieren soll. Offiziell kandidierte nur der Kammerpräsident Poincaré. Der Senatpräsident Doumergue hatte am Eingang des Saales einen Anschlag anbringen lassen, worin er erklärte, er sei nicht Kandidat.

Die Abstimmung, zu welcher etwa 510 Einladungen (350 an die Kammer und 160 an den Senat) ergangen waren, dauerte über eine Stunde. Von 475 abgegebenen Stimmen erhielt Poincaré 306, Doumergue 149, der Rest war zersplittert.

Mit diesem Wahlergebnis wird in den Kreisen des Senats die Kandidatur Poincaré zum Präsidenten der Republik als erledigt angesehen. Er hat nicht einmal die 400 Stimmen auf sich vereinigen können, welche die gestrigen Parteibeschlüsse der Linksparteien von Kammer und Senat als notwendiges Minimum bezeichnet hatten, wenn ein Kandidat in Versailles kandidieren wollte.

In den Kreisen der Linken herrscht ob des Wahlergebnisses lebhafteste Bewegung. Es werden alle Anstrengungen gemacht, um eine Zersplitterung der Stimmen der Linken durch Beibehaltung von zwei Kandidaturen zu verhindern. Man versucht schon heute abend, den Senatpräsidenten Doumergue zu bewegen, morgen nicht zu kandidieren. Falls dies gelingt, so würde man versuchen, die Linksparteien auf einen neuen Kandidaten, nämlich Pams, zu vereinigen. Aber die Lage wird dadurch sehr erschwert, daß Poincaré heute abend erklären läßt, er werde morgen unter allen Umständen kandidieren. Doumergue seinerseits erklärte den Journalisten nach der Wahl, daß ihn der Wahlausfall bestimmt habe, jetzt offiziell für morgen seine Kandidatur aufzugeben.

Die Micum-Verträge.

Die Micumverträge, die am 15. Mai für einen Monat verlängert worden sind, laufen am 15. Juni ab. Zwischen Paris und Brüssel haben bereits Verhandlungen stattgefunden, die zu einer Uebereinkunft geführt haben, und zwar wollen die beiden Mächte die Verlängerung der Micumverträge über den 15. Juni hinaus mit allen Mitteln durchsetzen. Heute finden erneut in Düsseldorf Besprechungen zwischen Vertretern der deutschen Industrie und der Micum statt, von der in dieser Angelegenheit die Initiative ausgeht. Von gut unterrichteter Seite verlautet, daß die deutsche Industrie mit äußerster Entschiedenheit die Entensvertreter erneut auf die schweren Schädigungen ihrer Betriebe durch die Befastigung mit den Micumverträgen hinweisen und die Verlängerung als kaum erträglich erklären werde.

Die bevorstehenden Düsseldorfer Besprechungen haben auch die Reichsregierung veranlaßt, in ihrer gestrigen Kabinettsitzung zu der Lage in Westdeutschland Stellung zu nehmen. Beschlüsse konnten noch nicht gefaßt werden, da man das Ergebnis der Düsseldorfer Verhandlungen abwarten will. Es ist jedoch naheliegend, und es wird von unterrichteter Seite bestätigt, daß für den Fall des Scheiterns der Verhandlungen die Reichsregierung sich erneut außerstande erklären wird, die Durchführung der Micumverträge erforderlichen Kredite aufzubringen zu können. Es ist auch anzunehmen, daß in diesem Falle ein internationaler Appell erfolgen wird, in dem ausgesprochen wird, daß durch die Verschärfung der wirtschaftlichen Situation Deutschlands infolge neuen Zwanges zur Verlängerung der Micumverträge nicht eine Gefährdung der Durchführung des Sachverständigenratens herbeigeführt werden dürfe. Die Reichsregierung wird ferner versuchen, von der gegnerischen Seite Erklärungen zu erhalten, nach denen die Lasten aus den Micumverträgen bei der Durchführung des Sachverständigenratens auf die Reparationsleistungen Deutschlands angerechnet werden.

Nach der Erörterung dieses Themas nahm das Reichskabinett in seiner gestrigen Sitzung die Vorträge der Staatssekretäre Trendelenburg und Vogt über die bisherigen Verhandlungen des Organisationskomitees für die Industrieobligationen und die Eisenbahn entgegen.

Kurzfristige Verlängerung der Micumverträge.

Berlin, 11. Juni. Aller Voraussicht nach wird sich das Kabinett in Uebereinstimmung mit den Industriellen des Ruhrgebietes für eine kurzfristige Verlängerung der Micumverträge bis etwa 15. Juli aussprechen. Eine endgültige Regelung glaubt man erst nach der Neubildung des französischen Ministeriums treffen zu können.

Kein Verzicht auf die Micumverträge.

Düsseldorf, 13. Juni. Die französische Behörde gibt über die gestrigen Verhandlungen mit der Micum folgendes Communiqué heraus: Die Besprechungen zur Erneuerung der Micumverträge haben gestern um 4 Uhr nachmittags begonnen. Die deutschen Industriellen waren durch die Herren Bögele, Thissen, Reusch, Fialer, Fahrenhorst, v. Felsen, Klöckner, Herbig und Jüngst vertreten. Die Industriellen legten die schwierige Lage dar, in der sie sich infolge der aus den Micumverträgen entstandenen Lasten befinden. Sie stellten die Frage, ob die französische und belgische Regierung geneigt seien die für Reparationsleistungen erforderlichen Summen entweder direkt vorzuschließen oder durch Vermittlung der Pfänderkasse vorzustrecken. Sie erklärten gegebenenfalls die unentgeltlichen Reparationsleistungen fortsetzen zu können unter der Bedingung, daß die Besatzungsbehörde anerkennt, daß diese Leistungen auf Konto des Sachverständigenratens und zwar rückwirkend ab 15. April gehen. Das am 15. April abgeschlossene Abkommen würde somit hinfällig. Da die Micum diese verschiedenen Vorschläge gleich entschieden ablehnte, beschloßen die Industriellen mit der Regierung in Berlin Rücksprache zu nehmen. Die nächste Be-

sprechung wird nächsten Sonntag vormittag 10 Uhr in Düsseldorf stattfinden.

Französische „Untersuchungshaft“.

Kandau, 11. Juni. Drei junge Leute die nach Abschluß des sog. Speyerer Abkommens von der französischen Besatzungsmacht in Bergzabern wegen Separatistenabwehr verhaftet worden waren, sind nunmehr endlich aus der Untersuchungshaft entlassen worden. Ueber drei Monate mußten also die drei jungen Leute unschuldig im französischen Gefängnis schmachten, ehe ihnen die Freiheit wieder gegeben wurde. Derartige Fälle stehen nicht vereinzelt da, sie bilden vielmehr die Regel. Denn die französische Justiz im besetzten Gebiet pflegt in all denjenigen Fällen, in denen sie die Beugung des Rechts nicht durch ein Urteil vor der Öffentlichkeit dokumentieren will, die Untersuchungshaft absichtlich zu verschleppen; sie läßt die unschuldig Verhafteten Monate lang in sog. Untersuchungshaft Da sich die Untersuchungshaft in französischen Gefängnissen in keiner Weise von der Straftat unterscheidet, so erleiden die sog. Untersuchungsgefangenen dieselbe Strafe, als wenn sie verurteilt wären, während die französische Justiz vor der Öffentlichkeit nicht durch ein Fehlurteil belastet wird. Auf diese Weise läßt sich die franz. Justiz von der französischen Rheinlandpolitik mißbrauchen. Das Verbot des katholischen Jünglings- und Gesellenvereins in Bergzabern ist von der franz. Besatzungsmacht aufgehoben worden. Dieser Verein war ohne Grund über 3 Monate verboten.

Die Last des Versailler Vertrags.

Berlin, 12. Juni. Zur Durchführung des Versailler Vertrags sind seit Umstellung des Reichshaushalts auf Goldmark, d. h. seit dem 1. Oktober 1923 bis zum 31. März 1924 Ausgaben in Höhe von 450 468 916 Goldmark gemacht worden.

Wachsende Erkenntnis.

Ein Engländer über die französische Ferküchelungspolitik gegenüber Deutschland.

London, 11. Juni. Im heutigen Leitartikel des „Daily Telegraph“ schreibt das englische liberale Parlamentsmitglied Fisher über die deutsche Einheit. Er behandelt die französischen Versuche, eine Zerlegung des deutschen Reiches herbeizuführen, denen er die Auffassung der Engländer entgegensetzt, die in dem Sturz der Hohenzollernmonarchie einen wirklichen und wesentlichen Fortschritt für die Sache des Weltfriedens erblickten. Für England sei dieser Sturz ein Ereignis von kapitaler Bedeutung gewesen. Sei die deutsche Republik in den Augen der Franzosen weniger tüchtig und weniger vaterlandsliebend als die Republik Frankreich? Fisher betont, daß die deutsche Republik schwach sei, weil sie die drückenden Lasten des Versailler Vertrages zu tragen habe. Wenn die deutsche Republik versuche, den Vertrag zu erfüllen, so setze sie sich dem Widerstand eines Teiles des deutschen Volkes aus, wenn sie dagegen in Verzug gerate, verfolgen sie die Drohungen der Alliierten. Fisher ist der Ansicht, daß die deutsche Republik trotzdem eine bessere Garantie für die Republik Frankreich bilde als die deutsche Monarchie. Die Verwendung farbiger Truppen im Rheinland und für die Besetzung des Ruhrgebietes hätte zweifellos die monarchistischen Parteien gestärkt. Viele Franzosen glaubten, daß es zur Sicherheit Frankreichs betrüge, wenn die deutsche Republik immer mehr in das Chaos sinke und das Leben der deutschen Republik in dauernder Gefahr schwebte. Die separatistische Bewegung im Rheinland, in der Pfalz und in Bayern ersuche dem Durchschnittsfranzosen als eine vernünftiger und wirksamere Methode, um das Mächtegleichgewicht herzustellen. Es sei die französische Politik Richelieus, Mazarins, Colberts und Napoleons, Deutschland zu zerteilen, um es zu kontrollieren.

Fisher hat sich in diesen Äußerungen, wenn er die französische Politik der letzten Jahre als Fortsetzung der Politik eines Richelieu, Mazarins und Napoleons bezeichnet, völlig die deutsche Ansicht zu eigen gemacht. Wir haben in der letzten Zeit schon manche ähnlich lautende Stimme aus England gehört, jedoch ohne eine Folge dieser Einsicht in der Haltung der englischen Arbeiterregierung zu erkennen. So werden auch diese Äußerungen ein Beitrag zu der Erkenntnis sein, daß für den realpolitisch denkenden Engländer Theorie und Praxis auf verschiedenen Ebenen liegen. Wenn man in England die Ferküchelungspolitik Frankreichs verurteilt, so tut man das aus Besorgnis vor der französischen Vormachtstellung auf dem Kontinent, die namentlich durch ihre Balkanbündnisse in englische Interessengebiete greifen kann. Auf der andern Seite will England aber auch nicht mit Frankreich brechen, da dieses seine nicht unbeträchtlichen Kriegsschulden noch nicht abgezahlt hat und trotz aller Besorgnisse ein ganz willkommenes Instrument ist, ein etwa neu erstarkendes Deutschland niederzuhalten.

Amerikas außenpolitisches Programm.

Abwänden von der Isolierungspolitik. — Gegen die „Eizige Nation, die eigenmächtig auf einem Maximum von Forderungen besteht.“

London, 11. Juni. Auf dem republikanischen Konvent in Cleveland ist eine außenpolitische Rede vom Vorjüngenden Burton aus Ohio gehalten worden, welche Aufsehen erregt hat, weil sie anscheinend ankündigt, daß die republikanische Partei die Politik der Isolierung aufzugeben gewillt ist.

Burton führt aus: Unsere außenpolitischen Beziehungen haben eine bisher nie gekannte Entwicklung erreicht. Es fehlt uns keineswegs an Interesse für das, was in der übrigen Welt vorgeht. Wir sind keineswegs abgeneigt, in freundschaftlichem Geiste mit weniger glücklichen Völkern zusammenzuarbeiten,

Soweit die fremden Völker in der Lage sind, sich zu einigen. Sobald sie entschlossen sind, in die Zukunft statt in die Vergangenheit zu blicken, wird Amerika seine Unterstützung ohne Vorbehalt u. Engerzigkeit geben.

Bisher habe man in Europa nicht den Wunsch gehabt, einen unparteiischen Freund in Amerika zu gewinnen, sondern man habe Europa als Bundesgenossen auf ihrer Seite in den Konflikt ziehen wollen.

Deutschland und der Völkerbund.

Deutschland soll den Antrag zur Aufnahme stellen. London, 12. Juni. Daily Telegraph meldet, daß die englische Regierung sich in Berlin darum bemühe, von der deutschen Regierung eine Zusage zu erhalten, wonach Deutschland vor der Vollversammlung des Völkerbundes einen Antrag um Aufnahme in den Völkerbund stellen möge.

Neue Kredite für die deutsche Goldnotenbank.

Sticht 1 Million 4 weitere Millionen Pfund. London, 12. Juni. Nach englischen Blättermeldungen hat ein amerikanisches Bankierkonsortium der Deutschen Notenbank in Erweiterung des ersten Kredits von 1 Million Pfund weitere 4 Millionen Pfund an Krediten eingeräumt.

Das Erstarken des Vertrauens des Auslandes.

Berlin, 12. Juni. An hiesiger Bankstelle wird die Newyorker Meldung bestätigt, wonach ein bereits vor 6 Wochen gewährter Kredit für die Deutsche Goldkreditbank von 5 Millionen Dollar auf 25 Millionen Dollar erhöht worden ist.

Einberufung des Auswärtigen Ausschusses.

Berlin, 12. Juni. Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Reichstages, Abgeordneter Herrmann Müller, hat im Einvernehmen mit der Reichsregierung den Ausschuss auf Dienstag, den 17. Juni vormittags einberufen.

Des Herzens Gebot.

Original-Novelle von Fr. Lehne.

14) "Nein, nein, Kind, wir drängen nicht mit Fragen in Sie. Nur wenn Ihr Herz Sie treibt, dann kommen Sie zu uns und sprechen sich aus. Indessen wir uns freuen, daß Sie da sind!" Es war uns recht einsam geworden, ohne Sie. Und nun bleiben Sie hoffentlich noch recht lange. Einen lieblichen Gast haben wir noch nie unter unserem Dache gehabt.

Mitteilungen für die deutschen Gefangenen in Frankreich. Berlin, 12. Juni. Die seit geraumer Zeit schwebenden diplomatischen Verhandlungen über das Schicksal der 42 deutschen Rhein- und Ruhrgefangenen, die in Gefängnissen in Frankreich und auf der Insel St. Martin schmachten, haben zu einem vorläufigen Ergebnis geführt.

Putzabsichten der Sonderbündler.

Köln, 12. Juni. An hervorragender Stelle veröffentlicht die „Kölnische Zeitung“ in ihrer Morgenausgabe vom 12. Juni Mitteilungen über eine neue separatistische Bewegung im Ruhrgebiet. Aus den Ausführungen geht hervor, daß die Pläne für den neuen Putz für die Rheinisch-westfälische Republik von den Sonderbündlern, bei denen der bekannte Matthes noch immer seine große Rolle spielt, bis ins einzelne ausgearbeitet wurden.

Deutsch ist Südtirol.

Aus den Briefen eines Südtiroler Deutschen: „... Unsere Brüder im Reiche können uns sehr helfen, wenn sie das Land vom Brenner bis Saturn als deutsches Land in allen Äußerungen und Schreiben ansehen und durch die Presse und in den Vereinigungen kundtun, was für Schaden uns erwächst, wenn Jugende und Hunderte deutscher Firmen im Reiche die Briefe an ihre langjährigen Geschäftsfreunde welsch schreiben und selbst die Anschriften in italienischer Sprache halten!“

Die wachsende Spannung zwischen Amerika und Japan.

Schleunige Abreise von Amerikanern. London, 11. Juni. Die Spannung zwischen Amerika und Japan scheint in der Zunahme begriffen zu sein. Die meisten Amerikaner, die dazu in der Lage sind, verlassen so schnell als möglich Japan, da in den japanischen Städten Maueranschläge angelegt sind, in denen die Bevölkerung aufgefordert wird, sich gegen die von Amerika ausgegangene Schmach zu erheben.

Das Verhältnis Kanadas zum englischen Weltreich.

Verstimmungen in Kanada. London, 11. Juni. Im kanadischen Parlament ist es gestern zu einer lebhaften Debatte über das Verhältnis von Kanada zum englischen Weltreich und zwar aus Anlaß des Protokolls, welches Kanada seinerzeit erlassen hat, weil es nicht auf der Konferenz von Lausanne vertreten war.

Auffassung, daß die letzte Möglichkeit die beste Aussicht für die Entwicklung Kanadas biete und weil er diese Auffassung vertrete, habe er sich so energisch gewehrt, als man im Falle des türkischen Friedensvertrages Kanada eine untergeordnete, eine koloniale Stellung zugemutet habe.

Sieg der Aufständischen in Albanien.

Rom, 11. Juni. Die letzten Meldungen aus Balona und Skutari bestätigen den Fall von Tirana, den Einzug der Aufständischen in die albanische Hauptstadt und die Flucht der Regierung nach Italien.

Ganz Südbanien in den Händen der Nationalisten.

Durazzo, 11. Juni. Nach einem zweitägigen blutigen Gefecht haben die Nationalisten Lushnja besetzt, sodas jede Verbindung von Tirana mit Durazzo unterbrochen ist. Die Regierungstruppen haben sich in großer Unordnung nach Tirana zurückgezogen.

Revoltierende Bauern.

Rom, 11. Juni. Zu einer schweren Steuerrevolte kam es in einem Orte in der Nähe von Neapel. Die Bauern erregten sich über die Einführung neuer, erhöhter Stadtzölle, roteten sich zusammen und eskamierten die Stadt. Sie richteten das Rathaus und das Zollgebäude ein und verjagten die Händler vom Markt.

Coolidge wieder Präsidentschaftskandidat der Republikaner.

Newyork, 12. Juni. Der republikanische Konvent in Cleveland stellte Coolidge wieder als Kandidaten für die Präsidentschaft auf.

Großfürst Nicolai Nicolajewitsch.

„Statthalter des Thrones.“ Berlin, 12. Juni. Großfürst Nicolai Nicolajewitsch hat zu der Versammlung russischer Monarchisten einen Vertreter entsandt einen Herrn Markow, der sich als Vorsitzender des obersten monarchistischen Rates bezeichnet. Markow erklärte einem Mitarbeiter der Deutschen Allgemeinen Zeitung, Großfürst Nicolai Nicolajewitsch gedenke nicht, als Retter in die Heimat einzuziehen, sondern nur als Ordner und Wiederhersteller der erschütterten Staatsfundamente.

Eine Brandrede Sinowjews.

Riga, 11. Juni. Der vor kurzem in „Berliner Lokalanzeiger“ veröffentlichte Brief Sinowjews ist naturgemäß in Mos-

begreifen, daß ich mit meiner Mutter in Meinungsverschiedenheiten geraten konnte? Ich habe es Ihnen angemerkt, den ganzen Abend über.“ „Da Sie mich fragen, Dagmar, ja! Sie haben recht, mich quält der Gedanke. Sie hätten nachgeben müssen, anstatt in Trost und Eigensinn gleich abzureifen! Bedenken Sie, es ist die Mutter!“ Ein leiser Vorwurf klang aus der Stimme der Pfarrerin.

Reise bedürfen Sie der Ruhe. Und morgen gleich teilen Sie Ihrer lieben Mutter mit, daß Sie glücklich angekommen sind. Sie wird nicht unverzöhnlich sein; sie hat ja Ihr Bestes gewollt!“ Die Pfarrerin nahm Dagmars Kopf in ihre beiden Hände und schaute lange in das mondbelegante, schöne Gesicht des Mädchens. Und da sah sie ganz deutlich, wie Tränen in den Augen schimmerten und langsam über die Wangen rollten.

hau nicht ohne Widerhall geblieben. Sinowjew selbst hat auf einer kommunistischen Versammlung jetzt dazu offiziell Stellung genommen und u. a. erklärt: „Eine gewisse Presse hat gegen uns einen unerhörten, bitteren Kampf begonnen, einen Kampf, der mit Hilfe eines Bureaus von Dokumenten Veröffentlichungen geführt wird. Wir können dabei aber ganz ruhig bleiben, weil von uns beiden, Rußland und Deutschland, dies uns mehr benötigt, als umgekehrt. Es ist wahr, unsere Hoffnungen auf einen kommunistischen Umsturz in Deutschland sind gescheitert, wahr ist auch, daß wir isoliert in der Welt dastehen, aber auch so können wir noch jahrelang ausharren. Wir jagen keinen neuen Anerkennungen nach, weil solchen erfahrungsgemäß stets kilometerlange Schuldforderungen folgen. Wir werden aber diese alten Schulden nicht bezahlen. Mit neuen Konzessionen an Ausländer werden wir in Zukunft sparsam sein. Unsere eigenen Kapitalisten haben wir sozusagen vom fünften Stockwerk aufs Pflaster geschleudert und die Fremden sollen wir gütlich aufnehmen? Nein, schärfste Unterdrückung des privaten Handels und jedes gegenrevolutionären Anzeichens, das sei das Programm für unseren Zukunftskampf.“

Antibolschewistische Bewegung.

Berlin, 11. Juni. Die rechtsmonarchistische russische Vereinigung hielt gestern in Berlin eine Versammlung ab, um zum Aufbruch des Großfürsten Nicolai Nicolajewitsch, der sich an die Spitze der antibolschewistischen Bewegung gestellt hat, Stellung zu nehmen. Baron Krüdner-Strunne sagte in seinem Auf- ruf als Vorsitzender des monarchistischen russischen Vereins, daß allen Nachrichten zufolge die Stunde der Errettung und Erlösung Rußlands nicht mehr fern sei.

Auslandsreisen von Schülern unerwünscht.

Berlin, 10. Juni. Aus einer Mitteilung des Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung an die Provinzial- schulkollegien ist folgendes hervorzuhelen:

Auf Grund zahlreicher Berichte der ausländischen Ver- tretungen Deutschlands, mehrfacher Anregungen des Auswärtigen Amtes und im Zusammenhang mit den von der Reichs- regierung erlassenen Bestimmungen über Auslandsreisen müssen zurzeit Auslandsreisen von Schülern, soweit solche von der Schule oder einzelnen Lehrern geplant sein sollten, als unerwünscht bezeichnet werden. Es sei, so heißt es weiter, weder zu billigen, daß besonders zahlungskräftige Schülergruppen in größerer Zahl im Auslande auftreten, noch auch, daß Schüler im Auslande die Wohlfährigkeit der deutschen Kreise, oder gar der Bevölkerung in Anspruch nehmen. Beides sei im Auslande mißbilligt worden. Unter dieser Mißbilligung drohe auch in deutschfreundlichen Auslandsreisen die Bereitwilligkeit zu leiden, gesund- heitlich leidende Kinder bei sich aufzunehmen. — Zum Schluß seiner Ausführungen weist der Minister auf die völlig aus- reichenden Bildungsmöglichkeiten hin, die Wanderungen und Reisen in Deutschland und den Schülern bieten, so daß der Verzicht auf Auslandsreisen keine Beeinträchtigung der Jugendbildung bedeute.

Ein Brief der Nationalsozialisten an den Reichspräsidenten.

Die Deutschnationalen erstreben weiter den Sturz des Kabinetts und maßgebende Beteiligung an der Regierung.

Berlin, 11. Juni. Die Nationalsozialistische Freiheitspartei hat heute an den Reichspräsidenten ein Schreiben gerichtet, in dem sie dagegen protestiert, daß die Regierung Marx-Stresemann die Abstimmung in der letzten Reichstagsitzung über die Programmänderung der Regierung als Ermächtigung für wei- tere Verhandlungen auf Grundlage des Dawes-Gutachtens an- sieht. Die Nationalsozialistische Partei behauptet, dazu genüge nicht eine einfache, sondern es bedürfe dazu einer Zweidrittel- mehrheit. Im Schroffen Gegensatz dazu erklärt der Außenpoli- tiker der Deutschnationalen, Hg. Professor Hoehsch heute in der Kreuzzeitung: „Ohne Zweifel ist die Regierung Marx- Stresemann jetzt legitimiert, die Besetzungwürfe, die aus dem Gutachten hervorgehen, energisch zu fördern. Sehr muß die Zeit nachgeholt werden, die in den Wochen der Regierungs- bildung verströht worden ist. An dieser Arbeit mit dem Vor- behalt der Abstimmungen wird selbstverständlich die Deutschnationale Partei sehr energisch teilnehmen. Freilich sei das Ziel der Deutschnationalen, die jetzige Regierung noch vor Ab- schluß der Verhandlungen über das Gutachten zu stürzen und durch eine Regierung zu ersetzen, an der die Deutschnationalen maßgebend beteiligt sind.“

Der Personalabbau.

Abgebaut ein Viertel des Personals. Ersparnisse für das Reich 434 Millionen Mark.

Berlin, 11. Juni. Im Reichsfinanzministerium wurde über den Personalabbau eine Denkschrift verfaßt, die demnächst dem Reichstag zugestellt wird. Die Denkschrift, der als Stichtag der 1. April zugrundegelegt wurde und deren Angaben durch beige- gebene Uebersichten erläutert werden, stellt fest, daß von den am 1. Oktober 1923 im Reichsdienst einschließlich der Reichs- bahn und Reichspost beschäftigten 82 955 Beamten, 60 747 An- gestellten und 705 512 Arbeitern, gleich 1 592 214 Köpfen, bis zum 31. März 1924 134 507 Beamte, 30 217 Angestellte und 232 134 Arbeiter, gleich 396 858 Köpfe, mithin 24,9 Prozent abgebaut und außerdem 1 114 Wartegeldempfänger und kom- missarisch beschäftigte Landes- und Gemeindebeamte entlassen wurden. In der Kopfstärke von 1. Oktober 1923 sind 64 545 weibliche Beamte, darunter 2 955 verheiratet, und 19 192 weibliche Angestellte, darunter 745 verheiratet, und in den Ab- bauzahlen 9899 weibliche Beamte, darunter 2901 verheiratet, und 9908 weibliche Angestellte darunter 606 verheiratet, ent- halten. — Die Ersparnisse an Gehältern usw. für das ab- gebaute Personal werden bei Beamten auf 105 Millionen Gold- mark, bei den Angestellten auf 50 Millionen Goldmark, bei den Arbeitern auf 278 Millionen Goldmark und bei den Wartegeldempfängern usw. auf 1 Million Goldmark, gleich 434 Millionen Goldmark geschätzt. Damit ermächtigen sich die gesamten Personalaufwendungen des Reiches um 15,3 Mil- l. Hinzu kommen die der Höhe nach schwer zu schätzenden, aber keineswegs zu unterschätzenden Ersparnisse an Sachaufwen- dungen für Räume, Licht, Heizung, Arbeitsmaterial usw.

Eisenbahnerstreik?

Berlin, 11. Juni. Gestern nachmittag traten in Berlin die Vertreter der christlichen Eisenbahnerorganisationen zu einer Besprechung der Lage zusammen. Die Mehrzahl der Delegierten übte heftige Kritik an den Maßnahmen der Regierung und bekämpfte besonders die Bedingungen über die Arbeitsdauer. Bei einer Vorabstimmung stellte sich heraus, daß etwa 70

Prozent der Anwesenden den christlichen Gewerkschaften ange- hörenden Delegierten für Durchführung des Kampfes mit den ärkersten gewerkschaftlichen Mitteln stimmten. Heute treten die Delegierten der freien Gewerkschaften zusammen, und es ist nicht ausgeschlossen, daß die Beschlüsse der freien Gewerks- schaften stark unter dem Einfluß der Beschlüsse der christlichen Gewerkschaften stehen. An hiesigen amtlichen Stellen ist man nicht pessimistisch gestimmt. Man glaubt, daß wohl kleinere lokale Streiks ausbrechen könnten, hält jedoch große Aktionen, die imstande wären, den Eisenbahnverkehr empfindlich zu stören, für ausgeschlossen.

Berlin, 12. Juni. Heute nachmittag fand im Reichsverkehrs- ministerium eine Besprechung zwischen dem Reichsverkehrsmi- nister und den Vertretern der Eisenbahnergewerkschaften statt, in der die Forderungen der Gewerkschaften auf 30 Proz. Lohnerhöhung und anderweitige Arbeitsregelung überreicht wurden. Eine materielle Verhandlung fand nicht statt; Beschlüsse wurden nicht gefaßt. Die Antwort des Reichsverkehrsministers wird in einer für morgen mit den Gewerkschaften vereinbarten erneuten Zusammenkunft mitgeteilt.

Die Frage der Kurzschriftsysteme.

Berlin, 11. Juni. Durch Erlass der deutschen Reichsbahn vom 12. April d. Js. wurde das Kurzschriftsystem Gabelsberger für den gesamten Bereich der deutschen Reichsbahn zum Einheitsystem. Mit Rücksicht auf das in Preußen vorherrschende System Stölze-Schrey hat der Kultusminister die Reichsbahn- verwaltung gebeten, die Ausföhrung des Erlasses vom 12. April vorerst auszusetzen, um nicht das Zustandekommen einer Einheitskurzschrift zu gefährden.

Die Geschäftsaufsicht.

Berlin, 12. Juni. Der Reichsrat hat sich heute mit den Vorschlägen der Reichsregierung, bezüglich Aenderung der Ver- ordnung über die Geschäftsaufsicht einverstanden erklärt. Die Verordnung wird sofort im Reichsgesetzblatt veröffentlicht. Die neue Verordnung bestimmt, daß die Geschäftsaufsicht nur an- rufen kann, wer durch den Krieg oder durch die Kriegsfolgen zahlungsunfähig geworden ist. Die Geschäftsaufsicht kann nur angeordnet werden, wenn Aussicht besteht, daß die Zahlungsun- fähigkeit in absehbarer Zeit beseitigt werden kann. Die Anhö- rung der amtlichen Vertreter der verschiedenen Gewerbezweige ist obligatorisch. Die Geschäftsaufsicht ist ohne weiteres aufzu- heben, wenn eine Gläubigerversammlung, die mehr als die Hälfte aller Forderungen vertritt, die Aufhebung beschließt. Außerdem findet die Geschäftsaufsicht ein Ende, wenn der Schuldner nicht bis Ablauf eines Monats einen Antrag auf Eröffnung eines Vergleichsvertrages einreicht, oder wenn seit Stellung des An- trages auf Geschäftsaufsicht drei Monate verstrichen sind. Diese Bestimmungen finden auch auf bereits bestehende Fälle Anwendung. Die neue Verordnung erhöht ferner den Einfluß der Gläubigerversammlung auf die Geschäftsaufsicht.

Zwang zur Anlage der Versicherungsgelder in mündelstheeren Papiere.

Berlin, 11. Juni. Wie die „Voss. Zig.“ erfährt, plant das Reichsjustizministerium zusammen mit dem Reichswirtschafts- ministerium eine Verordnung, die die Freizügigkeit der Landes- versicherungsanstalten, der Angestelltenversicherung, der privaten Versicherungsunternehmen und der öffentlichen Sparkassen in der Anlage der mündelstheeren Gelder wieder aufhebt. Es soll der Zustand wie vor der Verordnung vom Sommer 1923 eintreten, die die Verpflichtung der Anlage von Mündelgeldern in Rentenpapieren, Hypotheken usw. unter der Hochflut der Inflation außer Kraft setzte. Wie gleichzeitig verlautet, ist die Reichsregierung befreit, die in Frage kommenden Geldmittel, die bisher als Hypotheken der Baumarkt zugute kamen, zu einem Teil langfristigen landwirtschaftlichen Krediten zu- zuföhren, während der andere Teil an der Verminderung des ungeheuren Wohnungsmangels durch Hypothekenausleihungen weiterhin mitwirken soll. Die Gelder der oben genannten In- stitute haben, wie der Reichsbankpräsident kürzlich ausführte, zu einem großen Teil den mobilen Geldmarkt aufgesucht und waren vielfach zum Selbstkettenhandel gegeben.“

2. Verbandstag des Zentralverbandes deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegerehrtenbliebener, Sitz Berlin.

Bei den Verhandlungen des 2. Verbandstages (2. Verhand- lungstag) spielte die Frage der Elternrenten und der Kürzungs- bestimmungen eine große Rolle. Aus Schlesien berichtete ein Vertreter, daß auf einem Versorgungsamt infolge der Kürzungs- bestimmungen im Versorgungsamt 28 Mark Rente ge- hört, und damit den Kriegsbeschädigten entzogen habe, die allein an Gehalt für die mit der Kürzungsbestimmung be- schäftigten Beamten 48 Mk. erfordert habe. Hierzu kommen noch die Kosten für Porto, Papier usw. Ein anderer Redner wies auf die betrieblende Tatsache hin, daß einer Kriegere- mütter, die 65 Jahre, und vollständig erblindet ist, und ein Monatsseinkommen von 19 Mk. hat, die Zufahrtentzogen wurde.

Stundung von Steuern.

Die Abgabe-Ordnung unterscheidet zwischen Zahlungsauf- schub und Stundung. Zahlungsaufschub wird bei Müssen und Verbrauchsabgaben (zu denen rechtlich nicht die Umsatzsteuer zählt) gewährt. Bei den übrigen Steuern gibt es die Stun- dung. Der Zahlungsaufschub hat eine besondere wirtschaftliche Grundlage. Der Steuerpflichtige hat den fälligen Steuerbetrag zunächst vorzuschließen, bis er durch den Verkauf der Ware die vorauslagte Steuersumme vom Verbraucher wieder erhält. Er hat z. B. der Zigarrenhändler sich die Banderolen für sein Warenlager zu verschaffen und erst mit dem Verkauf der Tabakwaren erhält er den vorausgelegten Betrag wieder zurück.

Der wichtigste Unterschied zwischen Stundung und Zah- lungsaufschub ist darin zu sehen, daß der Steuerpflichtige bei den Steuern, bei denen das Recht auf Zahlungsaufschub nicht ausdrücklich ausgeschlossen ist, ein Recht auf Gewährung des Zahlungsaufschubes hat. Gegen Sicherheit und Verzinsung muß die Steuerbehörde in diesen Fällen Zahlungsaufschub gewäh- ren. Ein Recht auf Stundung dagegen gibt es nicht. Bei Stun- dungen liegt die Gewährung im freien Ermessen der Behörde.

Das Finanzamt kann Stundung bis zu einem Jahr ge- währen. Will das Finanzamt mehr als ein Jahr Stundung bewilligen, so muß es die Genehmigung des Landesfinanz- amtes einholen. Die Stundungsfrist beginnt mit Ablauf des Tages, an dem die Zahlung zu leisten gewesen wäre, wenn der Steuerpflichtige Stundung nicht erlangt hätte. Wird also ein Stundungsantrag erst nach Ablauf der Schonzeit vom Fi- nanzamt bewilligt, so treten trotzdem keine Verzugszuschläge ein da die Stundungsfrist unabhängig von der Behandlung des Antrages beginnt. Nach Ablauf der Stundungsfrist beginnen

die Verzugszuschläge wieder, denn der gestundete Betrag wird jetzt mit Ablauf der Stundung fällig. Der erste Verzugszuschlag wird also am Tage nach dem Ablauf der Stundungsfrist be- rechnet.

Das Finanzamt kann Stundung ohne Verzinsung und Sicherheitsleistung gewähren. In der Regel soll allerdings Stundung nur gegen Sicherheit und gegen Verzinsung gewährt werden. Das Finanzamt darf die Stundung nur gewähren, wenn der Anspruch des Staates nicht gefährdet erscheint. Wenn es ersichtlich ist, daß die Steuerschuld nicht aufgebracht werden kann, so ist ein Steuernachlaß anstatt der Stundung zu ge- währen.

Baden.

Anträge zum Gebäude-Sondersteuergesetz.

Karlsruhe, 11. Juni. Nachdem der Haushaltsausschuß des Landtags beschlossen hat, alle landwirtschaftlichen Gebäude von der Gebäude-Sondersteuer frei zu lassen, hat die demokratische Landtagsfraktion aus sozialen Gründen zur Schonung der Kleinrentner, Angestellten, Arbeiter und der übrigen Hausbesitzer mit geringem Einkommen beantragt, alle Gebäude, deren Eigentümer ein Einkommen von weniger als Mark 2000 beziehen, von der Gebäude-Sondersteuer auszunehmen. Die demokratische Fraktion hat ferner beantragt, den Beschluß des Haushaltsausschusses auf Freilassung aller landwirtschaftlichen Zwecken dienenden Gebäuden folgenden Zusatz beizufügen: „Ausgenommen sind Gebäude im Steueranschlag von mehr als Mk. 100 000.“ Die Fraktion ging hierbei von der Erwägung aus, daß es nicht anständig sei, den landwirtschaftlichen Großbesitz ganz von der Gebäude-Sondersteuer auszunehmen.

Die Neckarkanalisation vor dem Landtagsauschuß.

Im Laufe der letzten Woche beschäftigte sich der Haushalts- ausschuß des badischen Landtags mit dem Gesetzentwurf über die Neckarkanalisation, durch den bekanntlich das Staatsministeri- um ermächtigt werden soll, für die Fertigstellung der Kraft- werke Wieblingen und Neckarhulm Darlehen bis zur Höhe von 750 000 Goldmark an die Neckar-A.-G. zu geben. Der Entwurf wurde einstimmig angenommen, um dem halbfertigen Unternehmen die Mittel zu seiner Fertigstellung zur Verfügung zu stellen. Schon bei früheren Beratungen der finanziellen Be- teiligung des badischen Staates an diesem Unternehmen waren von verschiedenen Seiten große Bedenken geäußert worden. Diese Bedenken suchte das Arbeitsministerium mit der Zu- sicherung zu beseitigen, daß das Unternehmen zu sechs Zehntel fertig und im Frühjahr 1925 vollendet werden soll. Die Arbeit habe das Erwerbsleben in der Gegend von Heidelberg gerade in der Zeit großer Arbeitslosigkeit sehr gefördert. Es wurde darauf hingewiesen, daß man auch in Württemberg allmählich von den weitbekannteren Kanalplänen und Illusionen am Neckar über die Alb abkomme. Die Vollendung der gesamten Neckarkanalisation sei die Aufgabe von Jahrzehnten und werde wohl kaum ein rentables Unternehmen sein.

Fahnenweihe der Regimentsvereine 110, 112, 114, 142 und 169.

Pforzheim, 10. Juni. Unter starker Beteiligung von nah und fern und vom Wetter begünstigt fand über Pfingsten hier die gemeinsame Fahnenweihe der Regimentsvereine 110, 112, 114, 142 und 169 statt. Es hatten sich, da ein Regimentstag der 142er damit verbunden war, auch ehemalige Führer des Regiments zahlreich eingefunden, so Generalleutnant Menzel- bier, General von Meeritz, Generalmajor Teschner, der vier- mal verwundete Kommandeur, der nach Verlust seines linken Armes sein Regiment einarmig zum Sturm auf den Kessel führte, Oberst Lancet und viele andere. Die Feier begann am Samstag Abend mit Blasmusik auf dem Marktplatz durch die Militärkapelle, dem sich im Saalbau ein glänzendes Festban- abends ein gemütliches Beisammensein an, wo es bei Musik und Liederklärung echt kameradschaftlich zunging. Am Montag bil- deten Fröhlichschoppen, Blasmusik und Ausflüge in die Umge- bung den würdigen Abschluß der von keinem Miston gestörten Feier.

Aus Nah und Fern.

* Sinsheim, 11. Juni. (Ermäßigte Fracht für die Heim- schaffung von Kriegerleichen.) Da die Heim- schaffung deutscher Kriegerleichen in letzter Zeit wieder aufge- nommen worden ist, sind die Bestimmungen über die Fracht- ermäßigung, die vorübergehend aufgehoben waren, in früherem Ausmaße mit sofortiger Gültigkeit auf Erstattung der Hälfte der bezahlten Fracht für Fälle in der rückliegenden Zeit, in der die Ermäßigung nicht gewährt worden ist, kann stattgegeben werden.

* Sinsheim, 12. Juni. (Neue Eisenbahnfahrkar- ten.) Die bisherigen sogenannten Doppelfahrkarten für Hin- und Rückfahrt kommen demnächst nach Aufbrauch der Rest- bestände in bisherigen Karten in Wegfall und werden durch ge- wöhnliche Edisonsche Fahrkarten ersetzt, deren linke vordere Hälfte weiß ist, während die rechte Hälfte und die Rückseite in der Farbe der Klasse grün, braun und grau zu halten ist. Die Doppelfahrkarten werden wie früher die Rückfahrkarten gelocht, das Abtrennen einer Hälfte fällt weg. Die bisherigen Doppel- karten haben sich nicht gut bewährt, besonders das reisende Publikum hatte öfters zu Klagen Anlaß, da die kleinen Hälften für die Rückfahrt häufig sich verdeckten oder verloren gingen. Auch die rasche Abfertigung an der Sperrre war durch die Abtrennung der unteren Hälfte erschwert.

* Sinsheim, 12. Juni. (Gegen die Eisenbahndie- be.) Di: Eisenbahnverwaltung hat die bisherige auf 20 Gold- mark festgesetzte Belohnung für die Anzeige oder die Ergreifung eines Gepäckdiebes auf 50 Mark erhöht. Man hofft hierdurch den Dieben durch die erhöhte Aufmerksamkeit des Personals das Handwerk zu erschweren.

* Sinsheim, 12. Juni. (Krankenversicherungspflicht der Kinder.) Auf dem Lande, wo die Kinder schon durchweg

früh zur Arbeit herangezogen werden, spielt die Krankenversicherungspflicht der Kinder eine wichtige Rolle.

Reihen, 11. Juni. (Sängerfest.) Unser idyllisch gelegenes Eisenbüchlein ist am kommenden Sonntag der Mittelpunkt größerer Festlichkeit.

Kirchardt, 11. Juni. (Fußball.) Die 1. Mannschaft des hiesigen Fußballvereins errang sich in Bellingen bei den anlässlich der Sportplatzweiheung des dortigen Sportvereins veranstalteten Wettspielen einen silbernen Pokal.

Bad Rappenau, 11. Juni. (Bubenstreich.) Ein großes Unglück hätte sich ereignen können, wenn der Wunsch der ruckelosen Bubenhand in Erfüllung gegangen wäre.

Heidelberg, 10. Juni. (Gepäckdieb.) Hier treibt ein Gepäckdieb sein Unwesen. Dieser hat am Freitag auf dem Hauptbahnhof eine zugereifte Frau angesprochen und sich erboten, ihre beiden Koffer zu tragen.

Heidelberg, 10. Juni. (Ein Mannheimer Kaufmannsehepaar im Neckar ertrunken.) Ein schwerer Unglücksfall hat gestern beim Stauehr zwei blühende Menschenleben gekostet.

Dossenheim, 11. Juni. (Kirchenernte.) Täglich gehen von hier 6 bis 10 Eisenbahnwagen, vollbeladen mit Kirchen, nach allen Richtungen ab.

Weinheim, 10. Juni. (Schwerer Unglücksfall.) Ein schweres Unglück ereignete sich am Pfingstmontag auf dem Wachenberg. Der 23 Jahre alte Wirtsohn Artur Schäfer aus Frankfurt a. M. der mit einem Freunde eine Tour hierher gemacht hatte, stürzte nachmittags gegen 5 Uhr vom Wachenberg ab.

Von der Bergstraße, 11. Juni. (Von der Bergwacht.) Gemäß Anregung des badischen Kultusministers fand in Heidelberg eine Ansprache der Leiter der „Bergwacht“, Abteilungen Schwarzwald (Sig Freiburg) und Odenwald (Sig Weinheim) statt.

Walldorf, 8. Juni. (Einbrecher.) Hier konnte ein jugendlicher Bursche im Alter von 16 1/2 Jahren verhaftet werden, der in ein und demselben Hause seit einigen Monaten Einbrüche verübt hatte und dabei jeweils kleinere Geldbeträge entwendete.

Mannheim, 10. Juni. (Büßische Tat.) Wie jetzt erst bekannt wird, sind am Sonntag, den 25. Mai, abends 6 Uhr, bei der Ausfahrt des Personenzuges Frankfurt-Mannheim aus dem Bahnhof Käferal auf beide Schienen des Hauptgleises Hemmschuhe und ein eiserner Premskloß von büßischer Hand gelegt worden.

Ludwigshafen, 11. Juni. (Vom Zug überfahren.) Gekütern nachmittag sprang das 14 jährige Dienstmädchen Frida Klähr von Mutterstadt auf einen in voller Fahrt befindlichen Lokalzug, kam dabei aber unter den Zug zu liegen, so daß ihm beide Füße abgefahren wurden.

Heilbronn, 11. Juni. (Neckarwoche des Deutschen Kanu-Verbandes.) Am Freitag Abend begann unter außerordentlicher starker Beteiligung der Kanufahrer aus allen Bauen des deutschen Vaterlandes in Heilbronn die vom Deutschen Kanuverband veranstaltete und vom Heidelberger Kanuverein in musterhafter Weise durchgeführte Pfingstfahrt der deutschen Fahrer.

Die offizielle Begrüßung. Anschließend an die Begrüßung fand um 10 Uhr abends eine Beleuchtung der oberen Stadteile Wimpfens statt. Für Pfingstmontag war die Stromstrecke Heilbronn-Neckarzimmern als erste Etappe der Wanderschaft vorgesehen.

Bruchsal, 10. Juni. (Folge des Genusses unreifer Früchte.) Das einzige Kind des Hauptlehrers Kiesenacker in Kirrlach als bei Verwandten ziemlich viel unreife Kirschchen, dazu die meisten samt den Steinen.

Karlsruhe, 9. Juni. (Bad. Philologenverein.) In der Zeit vom 13. bis 15. Juni hält der Badische Philologenverein hier seine 34. Jahresversammlung ab.

Waldsüt, 11. Juni. (Zu dem Bootsunglück) bei Rüdlingen am Rhein am Pfingstmontag wird noch berichtet: Von Rüdlingen fuhr ein mit 10 Personen besetztes Boot gegen Löfegg; als es unter der Brücke in einen Strudel geriet, beunruhigten sich die Bootsinsassen.

Gottmadingen, 11. Juni. (Ertrunken.) Auf schreckliche Weise kam am Freitag nachmittag hier ein zweijähriges Kind ums Leben. Beim Blumenpflücken fiel es in den stark fließenden Kirchbach und wurde durch die Abschlammröhre durchgeschwemmt.

Heddingen, 11. Juni. (Verletzt.) Hier waren Vater und Sohn mit Holzspalten beschäftigt. Dabei kam der Vater mit dem Kopf zu weit vor, so daß der Sohn mit dem Beil den Kopf seines Vaters traf und ihn schwer verletzte.

Münster, 12. Juni. (Ueberfahren.) Am 8. Juni wurde auf den unbewachten Südbürgweg der Landstraße Nottrop-Quakenbrück ein Fuhrwerk des Gutsbesizers Ascherbichel aus Bork überfahren. Die Ehefrau des Gutsbesizers, sowie zwei Kinder und ein Fräulein Bedner wurden getötet.

Stimmen aus dem Leserkreis.

Für die unter dieser Abtheilung erscheinenden Artikel übernimmt die Schriftleitung lediglich die redaktionelle Verantwortung.

Hundstage.

Sinsheim, 12. Juni. Es sind noch 2 Tage bis die Hundesteuer bezahlt sein „muß“. Sage und schreibe 36 Mark auf einmal. Es ist kaum glaublich, daß es hier noch Leute gibt, die bei der gegenwärtigen Geldknappheit, wo andere Orte die weniger Tage einzuziehen, Ratenszahlungen bewilligen.

Kaffee-Pfeiffer & Diller, Elsenz. Rein und außerordentlich ergiebig! Spart die Hälfte von Kaffee u. Gerste! Zu haben in den Geschäften.

Neueste amtliche Kurse

vom 12. Juni 1924

mitgeteilt von der Vereinsbank, e. G. m. b. H. Sinsheim.

Table with columns for Anleihen, Bankaktien, Bergwerks-Aktien, Aktien industri. Unternehmungen, Wechsel, and other financial data.

Offizielle Preise der Mannheimer Produktenbörse vom 12. Juni 1924.

Table listing prices for various commodities like Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, etc.

Evangelischer Gottesdienst.

Sonntag, den 15. Juni. Trinitatisfest.

1/2 10 Uhr: Gottesdienst. Dekan Eisen. 1/2 11 Uhr: Christentehre. 1 Uhr: Kindergottesdienst. Stadtpfarrer Meerwein.

An unsere Leser auf dem Lande!

Bei unregelmäßiger oder verspäteter Zustellung des Landboten bitten wir, sofort bei der dortigen Poststelle zu reklamieren und uns Nachricht zugehen zu lassen.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Jagdaufsichtsdienst in Eschelbach.

Heinrich Luz, Feldhüter und Hilfswaldhüter in Eschelbach, ist heute als Jagdaufsicht für die Gemeindegagd Eschelbach verpflichtet worden.

Sinsheim, den 4. Juni 1924. Bezirksamt.

Die Ausführung des Reichsmietengesetzes und der dritten Steuernotverordnung betr.

Der Herr Arbeitsminister hat die gefestigte Miete vom 1. Mai 1924 an, für alle Gemeinden des Landes, einheitlich auf 40 v. H. der Friedensmiete in Goldmark erhöht.

Die gefestigte Miete beträgt hiernach für den Monat Mai und vorläufig auch für Juni für alle Gemeinden des Amtsbezirks Sinsheim 40 vom Hundert der Friedensmiete eines Monats in Goldmark.

Sinsheim, den 3. Juni 1924. Bezirksamt.

Zwangsversteigerung.

Samstag, den 14. Juni 1924, vormittags 9 Uhr, werde ich in Eschelbronn beim Rathaus gegen bare Zahlung im Vollstreckungswege öffentlich versteigern:

- 1 Hobelmaschine, 1 komprimierte Fräsmaschine, 1 Schreibmaschine.

Spricht, Gerichtsvollzieher in Sinsheim.

Lieder-, Opern- u. Operettenabend

Samstag, den 14. Juni 1924 abends 1/29 Uhr im Löwensaale.

Mitwirkende:

- Frl. Amelie Cassian, Sopran, Herr Alfred Trautmann, Tenor, Herr Georg Pindoll, Tenor, Herr Max Zeller, Bariton und Kapellmeister.

Ehemalige Mitglieder von:

Straßburg, Metz, Berlin, Karlsruhe u. Metropolitan-Opera New-York.

Preis der Plätze, einschließlich Steuer: Mk. 1.60, 1.10. Vorverkauf: Buchhandlung Doll.

Sil advertisement for Henkel's Bleich- u. Waschmittel. Includes text: Henkel's Bleich- u. Waschmittel gibt schneeweiße Wäsche spart Seife und ersetzt die Rasenbleiche.

Schönheit advertisement for Strümpfe und Socken. Includes text: verleiht ein rosiges, jugendliches Antlitz und ein reiner zarter Teint. Alles dies erzeugt die echte Steckenpferd-Seife.

Neue Dokumente zum Zusammenbruch.

Die innere Geschichte des Krieges.

„Die Süddeutschen Monatshefte“ setzen ihre aufsehenerregende Aprilveröffentlichung über den deutschen Zusammenbruch fort. Das Aprilheft „Der Dolchstoß“ behandelte die bewußt und absichtlich auf die Zertrümmerung der deutschen Wehrmacht gerichteten Handlungen hinter der Front, welche äußerlich sichtbar und nachweislich schon mit der Liebknechtschen Kriegskreditverweigerung im Dezember 1914 beginnen und über die großen Rüstungsstreiks der Jahre 1916, 1917 und 1918, über die Marinemuterei von 1917 zum letzten umfassenden Angriff der Dolchstöße im Herbst 1918 führen. Das soeben erscheinende Heft

„Die Auswirkung des Dolchstoßes“

gibt — wiederum auf Grund von zum Teil unveröffentlichten Akten und Berichten von Augenzeugen — eine zusammenfassende Darstellung der Wirkung der wehrmachtsfeindlichen Bestrebungen an der Front, in der Heimat und in der Politik.

An der Front machte sich der Erfolg der Dolchstoßarbeit in den letzten zwei Kriegsjahren besonders durch die Verschlechterung des Erfolges geltend. Der Erfolg war vielfach durch die Hege in der Heimat demoralisiert, dann aber auch zahlenmäßig vermindert, weil die Ersatztransporte in steigendem Maße unvollständig an der Front ankamen. Denn es mußten zum Beispiel im Sommer 1917 Ersatztransporte auf der Fahrt noch innerhalb der Heimat wegen größter Widersehlichkeiten eines Teiles der Mannschaft angehalten werden. So erhielten die Kampftruppen oft unvollständigen und minderwertigen Nachschub. Die Folge war eine Verringerung der inneren Kampfkraft der Front und eine Verringerung ihrer zahlenmäßigen Stärke. Dies alles führte somit, daß am 7. Oktober 1918 der bei Le Cateau zum Angriff vorgehenden 2. Infanterie-(Radfahrer)-Brigade von den in hellen Haufen zurückflutenden Drückebergern das Wort „Streikbrecher“ und Kriegsverlängerer“ zugerufen wurde. Ähnliche Fälle ereigneten sich an mehreren Stellen der Front.

Nur ganz wenige von den Millionen von Frontkämpfern welche vier Jahre im Felde standen, werden bisher etwas gewußt haben von dem Bestehen planmäßiger Deserteurorganisationen. Die auf Grund unveröffentlichter Akten in dem vorangehenden Heft hierfür gemachten Mitteilungen werden erweitert und ergänzt. Vom Exzerzierplatz der Garnison weg konnten die Deserteure beinahe mühelos auf etappenweise vorbereitete Neisewege ins neutrale Ausland gelangen. Dort begann dann, vor allem in Holland, die eigentliche Zusammenfassung der Geflohenen in eigenen Deserteurorganisationen, welche unter Leitung des deutschen Deserteurs Minister für den Feind arbeiteten. Der Unabhängige Breithaupt selbst erzählt, „daß die Nachrichtenvermittlung für die Entente durch die revolutionären Kreise Deutschlands besorgt wurde.“ ferner, daß die aufgefangene Kurierpost Ministers nicht nur Spionageberichte enthielt, sondern auch einen Brief des Abgeordneten Dr. Haase, „wonit der Beweis erbracht ist, daß bis in die führenden parlamentarischen Kreise hinein nicht nur die Mittel und Wege der revolutionären Bewegung bekannt waren, sondern in entscheidenden Augenblicken auch benutzt worden sind.“

Zum Zusammenbruch der Marine bringt das Heft u. a. aus unveröffentlichten Akten die Ende Februar 1918 stattgefundene kriegsgerichtliche Untersuchung über die hochverräterischen Umtriebe im Marinekorps in Flandern, daneben wichtige Angaben über die militärische Wirkung der Rüstungsstreiks, die vielen Tausenden deutscher Soldaten an der Front das Leben kosteten, und denen Hunderte deutscher Marineleute zum Opfer fielen, wie eine Aufstellung der Verluste an Minensuchern und Borpostenfahrzeugen während des Januarstreiks 1918 zeigt.

Neue Aufschlüsse über die Haltung der Bayerischen Regierung gibt auf Grund unveröffentlichter Akten der Abschnitt „Vom Munitionsarbeiterstreik zur Revolution“, darunter ein interessantes Gespräch des bekannten Mehrheitssozialisten Abgeordneten Auer vom Oktober 1918 und authentische Angaben über den Prozeß gegen Eisner, sowie die Vorgänge bei der verhängnisvollen Freilassung Eisners. Zu Eisners späterer deutschfeindlicher Tätigkeit ist nach unveröffentlichten Akten „deßer folgender Ausdruck zu einer Deputation des Arbeiterrates von Neustadt a. H. am 18. November 1918 angeführt: „Ich kann nichts für Sie tun, die Entente wird Sie schon nicht verhungern lassen.“

Eine bisher unveröffentlichte, im Nachlaß Kurt Eisners im Bayerischen Ministerium des Äußeren gefundene und im Facsimile wiedergegebene, der Aufklärung dringend benötigte Kostenaufstellung über verausgabte Schecks in der Zeit vom 25. September bis 16. November 1918 übersteigt den Betrag von 164 Goldmillionen. Daß Eisner die Finanzierung der bayerischen Revolution nicht aus Arbeitergrößen aufgebracht haben konnte, ist klar. Die Beitragsgelder der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands im Jahre 1914 betragen 823 775 Mark, die Gesamteinnahmen 1 405 454 Mark.

Zu dem Abschnitte „Die geldlichen Grundlagen“ gehören auch die Nachrichten über die Finanzierung der eigentlichen Dolchstoßprelle. Das Organ des Verräters Minister wurde von dem englischen Spion Tinsley in Rotterdam unterstützt. Der „Kampf“ schrieb am 8. Juni 1918: „Die revolutionäre Klasse kann im reaktionären Krieg die Niederlage der eigenen Regierung niemals unerwünscht finden, sie kann den Zusammenhang der kriegerischen Mißerfolge der Regierung mit der Erleichterung ihrer Niederringung nicht übersehen.“ Noch genauer unterrichtet ist man über die „Freie Zeitung“ (gegründet im Herbst 1916). Wir erfahren, daß ihr Gründer, Dr. Brüstlein, enge Beziehungen zum Chef der französischen Spionage, Herrn Grafen Mougout, unterhielt, daß er in Anwesenheit von Bernstorff zwei Geldsendungen aus Frankreich in Höhe von 5000 und 3500 Franken und außerdem noch zwei dicke Wertbriefe bekam, daß Dr. Stelling wegen des Honorars für sein Buch „J'accuse!“ gegen den Verlag Payot u. Co. klagte. Dr. Rösmaier erhielt für seine bei Payot erschienenen Broschüren einen Vorschuß von 12 000 Frs. und 3000 Frs. Honorar, als er ein neues Schmuggelsystem auf dem Bodensee ausprobierte. Zu diesem Kreise gehörten übrigens auch Salomon Grumbach, der gleich zu Anfang des Krieges nach der Schweiz desertiert war und von hier aus Artikel für die Pariser „Humanität“ schrieb. In der Redaktion der „Berliner Tagwacht“ richtete er eine literarische Spionagezentrale ein, die eifrig von Mitgliedern der Minderheit in der Sozialdemokratischen Partei bedient war. Auch er war Intimus des französischen Spionagechefs Mougout. In ihren in deutscher Sprache herausgegebenen Zeitschriften hat die Entente überhaupt sehr viel Artikel der U.S.P.

Führer verwendet. So von Dittmann, Haase, Hofer, Laukant, Ledebour, Wengels, Zieg und Eisner.

Das Kapitel „Der Dolchstoß gegen den Frieden“ gibt einen zusammenfassenden Ueberblick über die Dolchstoßarbeit zur Verhinderung eines menschenwürdigen Friedens.

Für die moralische Entwertung hat vor allem die Schuldfrage eine ausschlaggebende Rolle gespielt. Die Periode der Selbstbeichtigungen begann, die, nachdem die Entente ihr erstes Ziel erreicht hatte, dem deutschen Volke den Glauben an das eigene Recht zu nehmen und es zur Selbstentwertung zu veranlassen, für die Entente deshalb so wertvoll wurden, weil sie den aus der Anerkennung Deutschlands aufgebauten Frieden vorbereiteten durch die Propaganda für die bedingungslose Unterwerfung. Der eifrigste Vertreter der offiziellen Schuldtheorie der Entente-Imperialisten in Deutschland war der bayerische Ministerpräsident Kurt Eisner. In seinen Reden kämpfte er nicht nur für die Alleinschuld Deutschlands, sondern noch besonders für die Unschuld der feindlichen Regierungen.

Von noch größerer Bedeutung aber sollte es sein, daß auch die Greuelpropagandalügen der Entente im Kampf um die geistige Zermürbung des deutschen Volkes benutzt wurden. Auch hier war es Eisner, der am einseitigsten den Standpunkt vertrat, der von Clemenceau und Lloyd George eingenommen wurde.

Die Hege gegen die deutsche Kriegsführung führte dazu, daß die Entente dazu übergehen konnte, nicht mehr allein die deutsche Regierung, sondern das ganze deutsche Volk zu beschuldigen. In der Mantelnote vom 16. Juni 1919 wurde die Schwenkung vollzogen. Hier, wie in den Bemerkungen zu den deutschen Gegenvorschlägen ist nicht mehr die deutsche Regierung, sondern das deutsche Volk der Schuldige, der bestraft werden muß.

Ein Riesenwerk.

Wie von zuständiger Seite mitgeteilt wird, hat die Drucklegung der dritten Reihe des großen Aktenwerkes der deutschen Regierung, in der das diplomatische Aktenmaterial des deutschen Auswärtigen Amtes zur Geschichte der europäischen Politik in der Zeit vom Frankfurter Frieden im Jahre 1871 bis zum Beginn des Weltkrieges der Öffentlichkeit übergeben wird, jetzt beendet. Die 3. Reihe umfaßt 6 Bände in acht selbstständig gebundenen Teilen. Die Bände werden nach Erledigung der letzten technischen Arbeiten durch die Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte in Berlin in zwei Abteilungen am 13. und am 30. Juni an den Buchhandel ausgeliefert werden. Das gesamte Aktenwerk, das bekanntlich den Titel „Die Große Politik der Europäischen Kabinette 1871—1914“ führt, wird, wie jetzt feststeht, einen Umfang von 30 Bänden, (etwa 36 gebundene Einheiten) haben und 5 große Gruppen bilden, deren jede einen entscheidenden Abschnitt der Geschichte des letzten halben Jahrhunderts umfaßt. Die im Jahre 1922 erschienene 1. Gruppe enthielt bekanntlich das Aktenmaterial der Zeit vom Frankfurter Frieden bis zur Entlassung des Fürsten Bismarck, die im Herbst 1923 fertiggestellte 2. Gruppe die Akten aus dem ersten Jahrzehnt der Regierungszeit Kaiser Wilhelms II. unter dem Titel „Der Neue Kurs“, die jetzt erscheinende dritte Gruppe umfaßt die Dokumente der Jahre 1897 bis 1903 und führt den Titel „Die Politik der freien Hand“. Sie behandelt die europäische Politik vom Eintritt des deutschen Kaiserreichs in die Weltpolitik bis zum Schluß des Jahres 1903. Auch der Druck des 4. Teiles des Aktenwerkes, der nach der ursprünglichen Absicht die Publikation zu Ende führen sollte, ist bereits in Angriff genommen und weit gefördert worden. Bei ihrer Bearbeitung hat sich herausgestellt, daß diese Serie statt der in Aussicht genommenen 10 Bände, deren 13 umfassen wird. Daher erschien es zweckmäßig, die geplante Schlussreihe die sonst an die Aufnahmefähigkeit der Leser zu große Anforderungen stellen würde, in zwei Reihen zu zerlegen. Es besteht begünstigte Aussicht, die beiden letzten Reihen bis Ende März des Jahres 1925 fertigstellen zu können.

Flandern und Elsaß.

Die in Berlin erscheinende Zeitschrift „Elsaß-Lothringische Heimatstimme“ bringt in ihrer neuesten Nummer einen hervorragenden Artikel von Dr. A. Blamnyk-Gent über das Verhältnis der Flamen und der Elsaß-Lothringer zu der französischen Kultur. Einige interessante Stellen geben wir im folgenden wieder:

Jeder Flamen weiß, daß es ein Elsaß und ein Lothringen gibt und daß diese deutsch sind. Freilich hat er das nicht gelernt auf der belgischen Schule, wo er Pariser Lehrbücher der Geschichte und der Geographie oder deren belgische Ableger, sogar in flämischer Sprache, in die Hand gedrückt bekommt, sondern er hat es in den flämischen Organisationen, wo über den französischen Imperialismus gesprochen wird, gehört. Da der Flamen Anhänger des Prinzips des Selbstbestimmungsrechtes der Völker ist und die Sprache das Volkstum bedingt, ist er der Meinung, daß Lothringen und das Elsaß zu Deutschland gehören. Für die Flamen gab es bis nach dem Weltkriege keine elsaß-lothringische Frage. Der Flamen ist für die Deutschen, mehr noch als der Luxemburger, Schweizer oder Elsäßer, Vertreter der Doppelkultur, die als etwas Herrliches dargestellt wird, weil sie darin besteht, daß Germanen, die ihre Muttersprache nicht mehr in Wort und Schrift beherrschen, ja sogar völlig Französisch sind, in die französische Literatur deutsche Gedanken und Theorien hineingebracht hätten! Zweisprachigkeit und Doppelkultur ist eine Volksvergiftung, die eine bodenständige Kultur unmöglich machen muß. Zweisprachigkeit ist nichts anderes als eine stufenweise Französisierung, wo die Gewalt nicht angewendet werden kann, und die Herrlichkeit der Zwitterkultur nur ein Lockmittel für Sumpel. Gerade im Westen haben die Romanen die größten völkischen Eroberungen gemacht. Nun wird es für die Elsäßer und Lothringer interessant sein, zu erfahren, daß in volkspolitischen Hinsicht die Flamen Frankreichs zwei Tendenzen aufweisen: die Regionalisten und die Nationalisten. Die Verbindungen haben mit der flämischen Nationalpartei in Belgien. Die Regionalisten sind weitaus am zahlreichsten. Können die Elsäßer und Lothringer in Frankreich sich nicht auch mit den Bretonen, die in Rennes eine nationalflämische Zeitschrift „Breis Azo“ herausgeben und sich in Verbindung setzen, um mit ihnen für das gemeinsame Ziel, die Erhaltung ihres Volkstums, zu arbeiten? Auf sprachlichem Gebiete ist für das Elsaß die Verordnung vom 10. November 1830 am interessantesten, weil sich hier ein Zug der Psyche des Romanentums feststellen läßt, das in den Grenzgebieten, wo es Einfluß bekommt, wohl das Bestehen von nichtfranzösischen Patois annimmt, aber nicht das einer fremden Schriftsprache. Im Elsaß wird nicht deutsch, sondern es werden elsäßische Mundarten gesprochen, und in Belgien gibt es nach französisch-belgischer Auf-

fassung wallonische und flämische Patois und darüber eine einzige Schriftsprache, das Französische. Es ist aber selbstverständlich, daß die „Belgier“ über die „Befreiung der verlorenen Provinzen“ ebenso entzückt waren, wie die Nationalfranzosen.

Vor dem Kriege brauchte man sich nur als „Alsacien“ in Belgien ausgeben, um überall aufgenommen zu werden. Nach Meinung der Belgier war es bewiesen, daß Frankreich seine Hoffnungen auf die Vogesen-Ostmark nicht aufzugeben brauchte. Gleich nach dem Kriege organisierte dann der belgische Automobil-Club eine große Rundfahrt durch Lothringen und das Elsaß. Der Krieg hat nicht nur die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Straßburg und Antwerpen gestört. Die Tore der flämischen Universität Gent und der deutschen Universität Straßburg sind beide und dann auch noch zur gleichen Zeit geschlossen worden und in weisse Bollwerke umgewandelt. Das ist für die Flamen und die Elsäßer der schmerzlichste Verlust, den sie im Kriege erlitten haben.

Berschiedenes.

Vom Holunderstrauch. Der Holunderstrauch ist ein alter deutscher Heilstrauch, vor dem man, wie ein alter Spruch sagt, „den Hut abnehmen muß“. Im Juni, wenn er in seiner Vollblüte steht, und der mit der weißen Doldenfülle überfüllte Strauch weithin duftet, ist auch die Zeit, da man sich seiner Heilkräfte wieder erinnern soll. Schon bei den alten Germanen hieß der Holunder der „Baum des Heils“ und wurde vor die Ställe gepflanzt, damit er die Haustiere vor Krankheit schütze. Daß die Blüten und Früchte des Holunderstrauches eine gute arzneiliche Wirkung haben, läßt sich nicht leugnen; sie sind im deutschen Arzneibuch als offizielles Heilmittel verzeichnet. Zunächst sind es die Blüten, die man bei trockenem Wetter sammelt und die einen Tee geben, der etwas schweißtreibend wirkt.

Vielsch-Geburten bei Menschen. Die Höchstzahl von Kindern, welche gleichzeitig zur Welt gekommen sind, ist nicht sicher ermittelt. In einer Nürnberger Chronik von 1500 steht, daß eine Frau von Rotenpuch am Dienstag nach St. Gallen 2 Knaben und 2 Mädchen, 8 Tage später 1 Knaben und 2 Mädchen, 8 Tage später noch 2 Knaben geboren habe; im nächsten Jahr zuerst 5 Knaben und 3 Mädchen und einige Tage danach 1 Knaben und 2 Mädchen. Das wären Neunlinge! und im nächsten Jahr gar Elflinge! Als Zeugen für diese Zahlen wird eine ganze Anzahl angegebener Namen aufgeführt und doch muß man, wie Dr. Raupe in dem „Katheker für Bräute, Mütter und Pflegerinnen“ sagt, die Wahrheit des Berichtes in Zweifel ziehen. Dasselbe gilt für eine aus Hameln überlieferte Siebenlings-Geburt, trotzdem dort alle 7 Kinder auf dem Leichenstein abgebildet sind. Sechslinge sind dagegen einmal (1883 in Nord-Italien) hinreichend beglaubigt. Fünflinge wurden 1719 in Groningen und 1903 merkwürdigerweise wieder an demselben Ort beobachtet. Dann brachte im März 1924 eine Frau in Genthin (Altmark) Fünflinge zur Welt. Solche Mehrlingskinder wurden entweder alle tot geboren oder sterben doch kurz nach der Geburt. Vierlinge hat man mitunter, Drillinge oft alle am Leben bleiben und sich regelrecht entwickeln sehen.

Der Mann mit dem B. Man schreibt uns: Ein Herr kommt zu einem Bäcker und fragt nach Buchstabenkeks. Der Bäcker zeigt ihm welche. Der Herr sagt: „Schade, es sind ja allerhand Buchstaben da, aber leider kein B. und ich brauche gerade ein B.“ — „Nun,“ sagt der Bäcker freundlich, „wenn die Sache Zeit hat, kann ich Ihnen gern bis morgen früh ein B machen.“ Der Herr nimmt das Angebot mit Dank an, kommt am nächsten Morgen wieder, und der Bäcker zeigt ihm das B. „Fürchtbar nett, daß Sie an mich gedacht haben,“ sagt der Herr, „nur schade, ich brauche nämlich ein deutsches B. und Sie haben mir ein lateinisches gemacht.“ — „Das macht ja nichts“, sagt der Bäcker. „Ich verkaufe das lateinische B alle Tage, und wenn die Sache bis morgen früh Zeit hat, sollen Sie Ihr deutsches B haben.“ — „Sie sind wirklich sehr liebenswürdig, Meister, daß Sie sich mit mir solche Mühe geben.“ — Der Herr nickt, dankt, geht und kommt am nächsten Tage wieder. Der Bäcker zeigt ihm das deutsche B, der Herr ist entzückt. Wirklich, es ist ein ganz besonders schönes deutsches B. Der Bäcker: „Ich freue mich sehr, daß es Ihnen so gut gefällt — nun werde ich es Ihnen einpacken!“ — „Ach, danke — wirklich nicht nötig — ich esse es gleich ja.“

Eine tragikomische Liebesgeschichte ereignete sich in Bruch an der Mur in Oesterreich. Zwei sechzehnjährige Mädchen hatten sich in einen jungen Mann verliebt und gerieten in Streit darüber, welcher der Erkorenen gehören sollte. Sie beschloßen die Entscheidung durch ein Duell herbeizuführen. Bevor aber das Duell stattfand hörten sie, daß der junge Mann bereits verheiratet sei. Was sollte nun das Duell. Sie beschloßen in ihrem Liebeszorn Selbstmord zu begehen. Hand in Hand sprangen die Mädchen in die Mur, aber einige in der Hand arbeitende Männer zogen die verliebten Gänse wieder aus dem Wasser. Vor dem Sprung in die Mur hatten die beiden Kognak getrunken, um sich Mut zu machen.

Poincare und die Juden. Wir lesen in der „Frkf. Zeitung“: Mein Freiseur ist (nach seinem Dialekt zu urteilen) zwar ein geborener Münchner, aber „völkisch“ bis auf die Knochen. Nationalsozialist, und als solcher schwer auf Deutschlands Zukunft besorgt. Er vertritt den Standpunkt, daß Deutschland ungeteilt zu werden, es genau so machen muß, wie Frankreich — oder genau das Gegenteil, je nachdem. Freilich gibt es auch Fälle — wie den folgenden —, in denen die Entscheidung schwer ist. Ich gebe ihm das Wort: Wissen Sie, meine Herren, was kürzlich in Paris passiert ist. Dorthin sind ja, wie Sie wissen, die 165 000 Juden, die der Herr v. Raab aus Bayern ausgewiesen hat, ausgewandert. No, die Pariser Polizei hat, wie man sich leicht denken kann, an jene Zeit keine Freude gehabt und hat sie kürzlich auch ausgewiesen. Da habe ich also ihre Sache gepackt und sinn auf den Bahnhof. Wie die 165 000 Juden dort sinn, wer kommt dazu? Der Herr Bongkareh (Poincare meint er), und der fragt: „No, was ist mit euch?“ Da gewo sie zur Antwort: „Wir sinn ausgewiesen, weil mer Deitsche sinn.“ — „Was?“ sagt der Bongkareh, „Ihr seid doch ka Deitsche?“ — „No, eigentlich nicht“, gewo sie zur Antwort, „mir sind international, aber mir have lang in Deutschland gelebt.“ — „So, do könnt ihr ruhig in Paris bleibe“, sagt der Bongkareh. Und darauf sinn se wieder heimgegangen und bleibe in Paris.“ — „Das muß ein großer Bahnhof sein, in dem 165 000 Juden sich aufstellen können“, warf einer der Kaisergäste ein. — „Ja, der Pariser Bahnhof ist freilich groß“, war die Antwort.

Mit den vielgenannten Todesstrahlen des Engländers Grindell Matthews scheint nicht alles in Ordnung zu sein. Es wird anscheinend besonders von Frankreich, wohin sich der Erfinder

